

## NJ-ANSICHTSSACHE



[Foto: Privat]

**Frank Priess, seit 35 Jahren Journalist und Politikwissenschaftler im Arbeitsfeld Internationale Beziehungen**

## Entwicklungshilfe in Zeiten leerer Kassen

Die Ausgaben für die deutsche Entwicklungshilfe sind mal wieder in den Blick geraten. Dabei ist es nicht das überbordende Interesse an diesem Politikfeld – leere Kassen und eine intensive Haushaltsdebatte zwingen dazu. Grund immerhin, Überkommenes auf den Prüfstand zu stellen, aber auch anzumerken, wo Äpfel mit Birnen verglichen und alles zu einem Einheitsbrei verkocht wird. So ist unmittelbare, humanitäre Katastrophenhilfe natürlich anders zu bewerten als der Versuch, langfristig eine nachhaltige Entwicklung zu befördern.

Da sind zunächst die ins Auge springenden Gegensätze: Deutschland gibt rund 34 Milliarden Euro für Entwicklungshilfe aus, der Etat des zuständigen Ministeriums BMZ (Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) macht davon weniger als ein Drittel aus, plus ein kleinerer Milliardenbetrag für Humanitäre Hilfe aus dem Etat des AA. Der Grund: die OECD und ihr zuständiges Komitee erkennen als sogenannte ODA-Leistung öffentlicher Entwicklungshilfe auch Kosten an, die etwa für Flüchtlinge und Asylsuchende in Deutschland selbst erbracht werden. Das ist richtig teuer – eine bessere Unterstützung vor Ort wäre billiger, effizienter und würde die Weiterflucht nach Europa wohl reduzieren. Generell muss gefragt werden: wo bestehen überhaupt Rahmenbedingungen, damit selbst gut gemachte Hilfe wirken kann. Nicht nur Afghanis-

tan und der Sahel halten da Lektionen bereit – wobei militärischer Schutz nicht ODA-fähig ist ...

Auch braucht es bessere Koordination: in Deutschland verfügt fast jedes Ressort über eigene international verwendbare ODA-Mittel. Ressortabstimmung? Mindestens unterentwickelt, manchmal kurios widersprüchlich. Und natürlich hat jeder eigene Abrechnungs- und Förderprinzipien. Folge: Bürokratieexplosion bei Durchführern und Empfängern.

Die Europäische Union verwendet die deutschen EZ-Zuwendungen keineswegs besser: ihre Projektvergaben sind kurzatmiger, Vergabeverfahren vor Ort und in Brüssel oft wenig transparent. Und kaum ist ein Projekt im Gange, wird schon evaluiert, ein Beschäftigungsprogramm für einen eigenen „Industriezweig“, genauso wie die nötige Beratung, um im EU-Dschungel des Antragswesens überhaupt zurechtzukommen. Das übernehmen gern ehemalige Beamte, die die Regeln miterfunden haben.

Gut wäre eine stärkere Zusammenarbeit mit der Wirtschaft, denn es sind auch im Ausland Unternehmen, die Arbeitsplätze schaffen, nicht die Politik. Dieser Zweig ist trotz des ersten Teils des BMZ-Namens aber traditionell unterentwickelt, zu groß ist das Misstrauen der Ministerialen, da könnten wirtschaftliche Interessen im Spiel sein und jemand etwas verdienen wollen.

Vor Ort wissen Partner oft besser, was sie brauchen, oft passt das aber nicht zu vorgegebenen Linien: Windräder in Kasachstan darf man fördern, schnell wirksame Filtertechnik für Kohlekraftwerke nicht. Der Beispiele sind viele. „Ownership“ und „Augenhöhe“ stehen oft nur auf dem Papier. Es lässt sich mittlerweile auch gut diskutieren wie viele „weiße“ Experten vor Ort wirklich nötig sind. Aber es gibt eben auch den alten Satz: „Hast Du keine reichen Eltern, gründe eine NGO“ – die werden dann vor Ort nur zum Zweck des Förderungsempfangs registriert, kennen die Antragslyrik aus dem ff, setzen auf aktuelle Modethemen und sind mit der Zeit echte EZ-Junkies.

„Ownership“ hieße, Entwicklungshindernisse vor Ort klar zu benennen, die Verantwortung der örtlichen „Eliten“ herauszuarbeiten. Warum haben sich Länder mit ähnlichen Startchancen so unterschiedlich entwickelt? Warum sind die größten Empfänger oft die größten „underperformer“? Im „globalen Süden“ zeigt man gern und auch zu Recht auf die ehemaligen Kolonialherren, die eigene Rolle aber blendet man viele Jahrzehnte nach der Unabhängigkeit lieber aus.

Was es braucht, sind ehrliche Beziehungen mit klar definierten Interessen. Rechtsstaatsförderung, Korruptionsbekämpfung, der Aufbau einer starken Zivilgesellschaft vor Ort mit unabhängigen und kritischen Medien, das verdient Priorität. Ebenso der erwähnte Schulterchluss mit der Wirtschaft. Um Einfluss zu gewinnen, muss auch die Rolle von Militärkooperationen und Rüstungsexportpolitik überdacht werden. Wenn unsere Restriktionen dazu führen, dass Streitkräfte auch in eigentlich „like minded countries“ stattdessen chinesisches, russisches oder türkisches ausgerüstet sind, ist auch nichts gewonnen. Vieles lässt sich verbessern. Die Wirkung von Entwicklungspolitik hängt jedenfalls nicht allein an immer mehr Geld.